

Kinder, Chancen, Bildung

Wir wollen, dass Deutschland das kinderfreundlichste Land in Europa wird!

Beschluss der SPD-Bundestagsfraktion, Klausurtagung am 10./11. Jan. 2019

Starke Kinder – starkes Land

Die SPD steht dafür, dass jedes Kind es schaffen kann. Wenn wir für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen wollen, müssen wir bei den Kindern beginnen. Denn Kinder machen unser Land auch in Zukunft stark. Deshalb müssen wir allen Kindern eine gute Ausbildung ermöglichen, und jedem Kind die Chance geben, seine Potenziale zu entwickeln. Damit investieren wir in die Zukunft unserer Kinder, unseres Landes und unserer Demokratie. Wir wollen, dass alle Kinder in Deutschland eine glückliche und unbeschwerte Kindheit haben. Wir wollen allen Kindern die Chance geben, das Beste aus ihrem Leben zu machen. Unser Ziel: Wir wollen das kinderfreundlichste Land in Europa werden. Deshalb wollen wir Kinderrechte im Grundgesetz verankern.

Dies geht nur, wenn Kinder-, Familien- und Bildungspolitik im Mittelpunkt unseres politischen Handelns stehen. Deshalb wollen wir **Kinderrechte im Grundgesetz** verankern.

In den vergangenen Jahren haben wir schon viel erreicht:

- Mit dem **Gute-KiTa-Gesetz** sorgen wir für mehr Qualität und weniger Gebühren in unseren Kitas. Mit 5,5 Milliarden Euro zusätzlichen Investitionen bis 2022.
- Mit dem **Elterngeld und dem ElterngeldPlus** sichern wir die wirtschaftliche Existenz von Familien und unterstützen Mütter und Väter dabei, Beruf und Familie besser zu vereinbaren.
- Durch die **Reform des Unterhaltsvorschlusses** haben wir Alleinerziehende finanziell entlastet und dafür gesorgt, dass 380.000 Kinder zusätzlich Geld bekommen.
- Mit dem **Präventionsgesetz** haben wir die Gesundheitsförderung von Kindern gestärkt und die Vorsorgeuntersuchungen für Kinder und Jugendliche weiterentwickelt.
- Mit der **Einführung der Brückenteilzeit** haben wir die Teilzeitfalle für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die für einen gewissen Zeitraum die Arbeitszeit reduzieren möchten, um zum Beispiel Kinder zu erziehen oder Angehörige zu pflegen, beendet.

Diese Erfolge sozialdemokratischer Regierungspolitik haben Deutschland zu einem kinder- und familienfreundlicheren Land gemacht. Aber wir sind noch lange nicht am Ziel. Immer noch hängt der Bildungserfolg eines Kindes viel zu stark von seiner Herkunft ab. Nach wie vor ist der Alltag jedes fünften Kindes von Armut geprägt. Armut beeinflusst den gesamten Lebensweg negativ: Gute Bildung, Gesundheit und Zufriedenheit mit dem eigenen Leben sind für Schülerinnen und Schüler aus sozial schwächeren Familien viel schwerer zu erreichen als für Gleichaltrige, deren Eltern finanziell besser gestellt sind.

Das werden wir ändern. Wir wollen, dass alle Kinder ihren Weg machen können, unabhängig davon, wo sie wohnen, welche Bildungsabschlüsse ihre Eltern haben oder aus welcher Region der Erde ihre Großeltern stammen. Deshalb müssen wir bereits von frühester Kindheit an **gleiche Bildungschancen bieten** und die **Armut von Kindern und Familien konsequent bekämpfen**.

Gute Bildung für gleiche Chancen von Anfang an

Alle Kinder müssen die Möglichkeit haben, sich zu entfalten, die Welt zu entdecken, soziale Kontakte zu knüpfen und darüber ihre Persönlichkeit zu entwickeln. Dies gelingt mit hervorragenden Bildungsinstitutionen, die Kinder und Jugendliche von Anfang an durch das Leben begleiten und sie zu selbstbewussten Menschen und engagierten Mitbürgerinnen und Mitbürgern erziehen.

Der entscheidende Grundstein wird bereits im Kleinkindalter gelegt. Deshalb stellen wir qualitativ hochwertige Kitaplätze zur Verfügung, die sich die Eltern auch leisten können. Wir haben in den vergangenen Jahren mehr Kita-Plätze geschaffen und unterstützen die Länder nun mit dem **Gute-KiTa-Gesetz** für mehr Qualität und weniger Gebühren.

Um diesen Erfolg zu sichern, muss der Bund dauerhaft in Qualität und Gebührenfreiheit bei der frühkindlichen Bildung investieren. Das Gute-Kita-Gesetz ist für uns ein klares Bekenntnis zu einer **langfristigen Mitfinanzierung der Kindertagesbetreuung**.

Wir freuen uns, dass immer mehr Eltern die frühkindliche Förderung in den Kitas in Anspruch nehmen. Die stetig wachsende Nachfrage nach Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren hat allerdings dazu geführt, dass viele Eltern heutzutage Mühe haben, einen geeigneten Betreuungsplatz zu finden. Vielen Kitas fehlt es an Personal, um mehr Kinder aufnehmen zu können. Mit der **Kita-Fachkräfteoffensive Erzieherinnen und Erzieher** wollen wir mehr Menschen für den Erzieherberuf begeistern und die Erzieherausbildung verbessern: Durch bezahlte Ausbildungsplätze, professionelle Praxisanleitung und klare Aufstiegsperspektiven verbessern wir die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in Kitas und machen unsere **Wertschätzung für Erzieherinnen und Erzieher** deutlich.

Auch in den Schulen muss dringend mehr Geld in Qualität und digitale Bildung investiert werden. Damit der Bund die Länder und Kommunen dabei besser unterstützen kann, muss das sog. **Kooperationsverbot von Bund und Ländern im Bildungsbereich beendet** werden. Dafür müssen sich Bundesrat und Bundestag im Vermittlungsausschuss zügig auf eine Grundgesetzänderung verständigen. Das ist das gemeinsame Interesse der SPD-geführten Länder und der SPD im Bund. Dann können wir endlich mit dem **Digitalpakt** starten, der mit 5,5 Mrd. Euro die **Digitalisierung in den Schulen** vorantreibt.

Wir wollen den im Koalitionsvertrag vereinbarten **Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter bis zum Jahr 2025** mit Ländern und Kommunen gemeinsam umsetzen.

Schulen in besonderen sozialen Lagen müssen tagtäglich große Herausforderungen in Bezug auf Integration und Inklusion meistern. Dabei werden wir sie ab 2019 gemeinsam mit den Ländern stärker unterstützen.

Das **duale Ausbildungssystem** verschafft Kindern und Jugendlichen seit Jahrzehnten hervorragende Bildung und gute Arbeitsplätze. Es ist ein Aushängeschild unseres Landes. Mit 574.200 Ausbildungsplätzen wurden 2018 so viele Lehrstellen angeboten, wie seit 2009 nicht mehr. Das ist ein starkes Fundament für die Zukunft der Fachkräfte in Deutschland. Jedoch blieben gleichzeitig 57.700 Ausbildungsplätze unbesetzt. Darum wollen wir die Rahmenbedingungen für Auszubildende verbessern und die berufliche Bildung wieder attraktiver machen. Von der Bundesbildungsministerin erwarten wir deshalb zügig einen Gesetzentwurf zur **Mindestausbildungsvergütung**, also die Einführung eines Mindestlohns für Auszubil-

dende. Damit wird die Berufsausbildung für junge Menschen deutlich attraktiver. Mit höheren **Fahrtkosten-** und **Wohnkostenzuschüssen** sowie besseren Weiterbildungsmöglichkeiten wollen wir für einen weiteren Schub in der beruflichen Bildung sorgen. Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen eine gebührenfreie Erstausbildung garantieren. Damit sichern wir gleiche Bildungschancen für alle. Die gebührenfreie Erstausbildung schließt für uns den gesamten Bildungsweg von der Kita bis zum Meister oder Master ein. Mit den Jugendberufsagenturen ist es uns gelungen, Leistungen für Jugendliche sinnvoll zu bündeln. Diesen Weg wollen wir weitergehen, um mehr und flexiblere Möglichkeiten für Ausbildung – wo nötig auch in schulischen Modellen – zu schaffen. Unser Ziel ist die **Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung**.

Die Zahl der Studierenden an den Universitäten und Fachhochschulen bleibt dauerhaft hoch. Das ist gut. Gleichzeitig ist die Zahl der Studierenden, die **BAföG** empfangen, rückläufig, weil die Zugangsvoraussetzungen zu dieser staatlichen Hilfe nicht mehr zeitgemäß sind. Das ist nicht gerecht. Deshalb müssen wir wieder **mehr jungen Menschen den Zugang zum BAföG ermöglichen**, Hürden abbauen und die Leistungen an die gestiegenen Lebenshaltungskosten und veränderten Lebenssituationen anpassen. Insbesondere Kinder aus **Familien in der gesellschaftlichen Mitte** sollen durch eine Anhebung der Einkommensfreigrenzen wieder besseren Zugang zum BAföG erhalten. Um frühzeitig die Chancen auf ein Hochschulstudium zu verbessern, soll das **Schüler-BAföG** mittelfristig wieder ausgebaut werden – auch für Schülerinnen und Schüler, die noch im Elternhaus leben.

Kinderarmut wirksam, schnell und nachhaltig bekämpfen

Unbeschwert aufwachsen und erfolgreich lernen können Kinder nur, wenn sie frei von materiellen Nöten sind. Deswegen ergreifen wir mit dem **Starke-Familien-Gesetz** Maßnahmen gegen Kinderarmut und unterstützen gezielt Familien mit kleinen Einkommen. Wir wollen es zügig im Bundestag beschließen.

Mit dem Starke-Familien Gesetz werden wir den **Kinderzuschlag** so reformieren, dass wir zukünftig viel mehr Kinder von Familien mit kleinen Einkommen erreichen. Außerdem schaffen wir mehr Gerechtigkeit für Eltern. Wer mehr arbeitet, wird mehr in der Tasche haben. Wer alleine erzieht, wird besser unterstützt.

Konkret heißt das: Der Kinderzuschlag wird so erhöht, dass er zusammen mit dem Kindergeld und den Leistungen für Bildung und Teilhabe das Existenzminimum der Kinder sichert. Zudem sorgen wir dafür, dass mehr vom Kinderzuschlag übrig bleibt, wenn das Einkommen der Eltern steigt.

Ebenso werden wir die **Leistungen für Bildung und Teilhabe** verbessern und vereinfachen: Das **Schulbedarfspaket wird von 100 auf 150 Euro erhöht**, damit Kinder das bekommen, was sie für die Schule benötigen. Wir machen das **Schulmittagessen und die Schülerfahrkarte** für Kinder aus Familien mit kleinen Einkommen **kostenlos**. Und die Lernförderung ist künftig nicht mehr an eine Versetzungsgefährdung gebunden. Nachhilfe gibt es also, wenn sie nötig wird, und nicht erst, wenn es fast zu spät ist. Wir wollen, dass auch das Erreichen eines höheren Schulabschlusses unterstützt wird.

Alle Kinder sollen in der Freizeit bei **Sport, Spiel und Kultur** mitmachen können. Das stärkt den Zusammenhalt. Dafür steht bedürftigen Familien momentan jeden Monat ein Betrag

von maximal 10 Euro zur Verfügung. Das reicht nicht aus! Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich im Rahmen des Starke-Familien-Gesetzes für **eine Anhebung auf 15 Euro** einsetzen.

Um die finanzielle Lage für alle Familien zu verbessern, werden wir das **Kindergeld erhöhen**. Zum 1. Juli 2019 steigt es um 10 Euro pro Monat. Eine weitere Kindergelderhöhung um 15 Euro pro Monat ist für 2021 geplant.

Darüber hinaus wollen wir den **Entlastungsbetrag für Alleinerziehende** weiter erhöhen. Das ist notwendig, weil Alleinerziehende häufig hohe Kosten alleine tragen müssen.

Zudem wollen wir schnell dafür sorgen, dass der sog. **Umgangsmehrbedarf** für getrennt lebende Elternteile, die Hartz IV beziehen, berücksichtigt wird und bürokratische Vorgaben entfallen. Denn das Leben mit Kindern in zwei Haushalten ist teurer, weil viele Gegenstände doppelt angeschafft werden müssen und zusätzliche Fahrt- und Kommunikationskosten entstehen.

Wir brauchen einen Sozialstaat, der in unterschiedlichen Lebenslagen passgenau unterstützt und dessen Leistungen einfach zugänglich sind. Ansprüche auf sozialstaatliche **Leistungen für Familien und insbesondere für Kinder wollen wir bedarfsgerecht definieren** und organisieren. Kinder sollen schnell bekommen, was sie brauchen. Starre Zuständigkeitsgrenzen wollen wir überwinden und endlich neue digitale Möglichkeiten in der Verwaltung auch für Kinder und Familien nutzen.

Um in Zukunft alle finanziellen Leistungen für Kinder klarer und einheitlicher zu fassen, arbeiten wir in der SPD gemeinsam an einem Modell für eine **zuverlässige und bedarfsgerechte Kindergrundsicherung**, das wir noch in diesem Jahr vorlegen werden.

2019 – Das Jahr der Kinder und Familien

Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD in der Regierung wollen das Jahr 2019 zu einem Jahr der Chancen für Kinder und Familien machen. Wir setzen uns ein ehrgeiziges Ziel und wollen uns auf den Weg machen, das kinderfreundlichste Land in Europa zu werden.

Die Umsetzung des Koalitionsvertrages in diesem Bereich wird uns ein gutes Stück voranbringen. Gute Bildung von Anfang an ist der Weg zum Ziel. Das Gute-Kita-Gesetz, das Starke-Familien-Gesetz, die Erhöhung des Kindergeldes, die Mindestausbildungsvergütung, die Verbesserung des BAföG und mehr Investitionen des Bundes sind wichtige Schritte auf diesem Weg. Sie sind fest vereinbart.

Weitere notwendige Schritte haben wir im Blick. Mit Kinderarmut werden wir uns nicht abfinden. Deshalb arbeiten wir in der SPD an einer Kindergrundsicherung und wollen dazu noch in diesem Jahr ein Konzept vorlegen.

Alle Kinder und Familien sollen frei von finanziellen Nöten selbstbewusst am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Diejenigen, die Hilfe nötig haben, sollen sie schnell und passgenau bekommen. Ohne bürokratische Hürden. Für das Wohl des Kindes. Für die Zukunft unserer Gesellschaft. Für ein solidarisches Land.